



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	14. Sitzung
Datum	Dienstag, den 08.05.2012
Sitzungsbeginn	18:10 Uhr
Sitzungsende	21:05 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

**Anwesend waren:
vom Gremium:**

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordneter Rompf,	SPD
Stadtverordneter Kinkler,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Stadtverordnete Koster, (i.V.f. Stv. Schäfer)	SPD
Stadtverordneter Kamara, (i.V.f. Stv. Linke)	B90/Grüne
Stadtverordneter Schermuly, (i.V.f. FrkV Dr. Bürger)	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
Stadtrat Borchers,	B90/Grüne

von der Verwaltung:

Herr Gürsch, Magistratsbüro	ohne
Herr Peters, Rechtsamt	ohne
Frau Simon, Kämmerei	ohne

Herr Dietrich, Wirtschaftsförderung	ohne
Herr Schäffner, Eigenbetrieb Wasserversorgung	ohne
Herr Kaiser, Eigenbetrieb Wasserversorgung	ohne
Frau Dr. Eichler, Städtische Museen	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Herr Lehne

ferner waren anwesend:

Mitglieder der Betriebskommission des Eigenbetriebes Wasserversorgung Wetzlar
Herr Niggemann, Wetzlar Network
Herr Klein, Seniorenrat
Herr Kuck, Wirtschaftsprüfer

StR B o r c h e r s begrüßte die Anwesenden und wiedereröffnete die Sitzung der Betriebskommission und gab davon Kenntnis, dass TOP 3 „Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar“ gemeinsam mit den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses beraten werde.

Nach Wortübergabe eröffnete AV H e y e r die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zur Abwicklung der Tagesordnung bat StR B o r c h e r s die Behandlung der Dr.-Nr. 0916/12 - I/183 vorzuziehen. OB D e t t e bat, die Dr.-Nr. 0885/12 – I/172 im Anschluss daran zu erörtern. AV H e y e r informierte darüber, TOP 11 sei vom Antragssteller zurückgezogen und die TOPs 12 und 19 im Geschäftsgang belassen worden.

Keine Einwendungen ergaben sich, die Dr.-Nr.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1
Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 05.03. und 27.03.2012

TOP 2
Clustermanagement
- Präsentation -

TOP 3
0916/12
Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar
Feststellung des Jahresabschlusses 2011

I/183

- Die Beratung erfolgte gemeinsam mit der Betriebskommission des Eigenbetriebes -

TOP 4

0903/12

Zukunftssicherung der Ludwig-Erk-Schule

I/181

TOP 5

0838/12

Mietzuschuss HSG Wetzlar

Aufhebung Sperrvermerk

I/169

TOP 6

0839/12

Aufhebung des Sperrvermerks

auf dem Produktkonto 1510100.699300000

I/170

TOP 7

0899/12

Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 100 HGO

I/180

TOP 8

0906/12

Umsetzung des Brandschutzkonzeptes Neues Rathaus

1. Maßnahme – Errichtung eines Treppenhausanbaues

I/182

TOP 9

0773/12

Citybus Wetzlar

I/163

TOP 10

0885/12

1. Plakatwerbung für die Neueröffnung des Palais Papius in Wetzlar

2. Aufhebung des Sperrvermerkes

I/172

TOP 11

0799/12

Sportförderungsrichtlinien

Änderung Nummer VIII, Punkt 2

I/159

TOP 12

0879/12

Energiekosten „Gas“

Sportheim Dutenhofen

I/168

TOP 13

0847/12

Nutzung Sitzungssaal im alten Rathaus für Veranstaltungen

Prüfungsauftrag

I/165

TOP 14

0837/12

**Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson
für den Schiedsgerichtsbezirk Wetzlar-Nauborn**

I/167

TOP 15

0835/12

Bildung eines Behindertenbeirates / Satzung

TOP 16

0931/12

Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 100 HGO

TOP 17

0796/12

**Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 24.12.2011 und der
Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 31.12.2011**

TOP 18

0889/12

**Bericht IV. Quartal 2011 und Bericht I. Quartal 2012
der Haushaltswirtschaft der Stadt Wetzlar**

I/177

Mitteilungsvorlage

TOP 19

0893/12

Bericht Zinsmanagement 2011

I/178

Mitteilungsvorlage

TOP 20

Aktuelle Situation Altenzentrum

- Sachstandsbericht -

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 05.03. und 27.03.2012

Mitteilungen

- Prüfungen des Landesrechnungshofes

OB D e t t e gab davon Kenntnis, dass die 151. vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur“ sowie die 164., vergleichende Prüfung „Kommunale Grünflächen“ durchgeführt werde. Im August 2012 finde die Eingangsbesprechung für die 163. vergleichende Prüfung „Rechnungsprüfungsämter“ statt. Das Ergebnis dieser Prüfung werde im Jahr 2013 dokumentiert.

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013

Im Blick auf den Gesamtaufwand gab OB D e t t e bekannt, es lägen noch nicht alle Rechnungen vor. Sobald dies der Fall sei, werde es publik gemacht. Nach Aussage des Fachamtes bewege man sich im vorgesehenen Kostenrahmen.

- Verfahren Dr. Koeppe

Zur Frage des Rechtsstreites konstatierte OB D e t t e, es gebe keine neuen Aspekte. Bezüglich des Sachstands sei eine Mitteilungsvorlage eingebracht worden.

Anfragen

- Kassenkredite

FrkV M i c h a l e k stellte fest, die Höhe der Kassenkredite habe zum 31.12.2011 über 31 Mio. € betragen. Er möchte in Abstimmung mit der Kämmerei stichtagsbezogen eine zweimonatliche Aufstellung über den Stand der Kassenkredite haben.

OB D e t t e führte aus, bei den Kassenkrediten gebe es im Laufe des Jahres, unter anderem bedingt durch die Steuereinnahmetermine, unterschiedliche Inanspruchnahmen. Kassenkredite seien Kredite, die nicht für Investitionen verwendet würden. Beide Kreditarten würden in der Bilanz jedoch kumuliert aufgeführt. Bei den Kassenkrediten erfolgten keine Tilgungsleistungen wie bei den Investitionskosten.

- Sanierungsbedingte Bodenwerterhöhungen

FrkV M i c h a l e k hinterfragte die Abfolge der weiteren Vorgehensweise. OB D e t t e informierte darüber, dass einer Fristverlängerung für die Abrechnung der Sanierungsmaßnahmen seitens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mündlich zugestimmt worden sei. Er sagte nähere Informationen zu.

- Investitionskosten Hessentag

FrkV M i c h a l e k bezog sich auf die Aussage von OB Dette, die Höhe der Zuschüsse aufgrund des Hessentages betrage 17 Mio. €. Ihn interessierte zu erfahren, was die Stadt wegen des Hessentages investiert habe. Er bat um eine entsprechende Auflistung.

- Grundsteuer

FrkV M i c h a l e k merkte an, er habe aus der Wetzlarer Neuen Zeitung entnommen, die Höhe der Grundsteuer sei in Hessen vergleichsweise niedrig. Er möchte gerne wissen, wie sich Wetzlar im Hessenvergleich darstelle.

- Anwesen Frankfurter Straße

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat, StR Semler nochmals auf den entsetzlichen Zustand des Grundstückes hinzuweisen.

OB D e t t e klärte darüber auf, dass die rechtlichen Möglichkeiten sehr begrenzt seien. Die Bauaufsicht habe sich mehrmals mit dem Eigentümer in Verbindung gesetzt. Man könne lediglich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht etwas unternehmen. Da nunmehr das Grundstück eingezäunt sei, bestehe kein Handlungsbedarf. Er werde die Angelegenheit nochmals aufnehmen.

Niederschriften vom 05.03. und 27.03.2012

Die Niederschrift vom 05.03.2012 wurde unter Berücksichtigung des Änderungswunsches von Stv. Kinkler einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift vom 27.03.2012 wurde ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

TOP 2

Clustermanagement

- Präsentation -

Herr N i g g e m a n n bedankte sich für die Einladung und stellte seine Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Stv. K l e b e r dankte für den Vortrag. Des Weiteren bezog er sich auf die Aussage von Herrn Niggemann, wenn alle infrage kommenden Firmen Mitglied würden, steige die Anzahl der Unternehmen von 22 auf 70 Firmen an. Ferner wollte Stv. K l e b e r erfahren, wie sich die Finanzierung gestalten und wie man die Zusammenarbeit mit der Schwerindustrie sehe. Außerdem, so Stv. K l e b e r, wäre es positiv, wenn man eine Fachmesse nach Wetzlar holen könnte. Zur Finanzierung führte Herr N i g g e m a n n aus, es gebe drei Finanzierungsbereiche, getragen durch die Stadt Wetzlar, Fördermittel des Landes (EVRA) sowie die Mitgliedsbeiträge. Hinsichtlich der Schwerindustrie sehe er Berührungspunkte zwischen Optik und Mechanik.

TOP 3

0916/12

Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar

Feststellung des Jahresabschlusses 2011

StR B o r c h e r s hieß Wirtschaftsprüfer Kuck willkommen. Dieser bedankte sich für den erteilten Prüfungsauftrag. Im Anschluss daran gab er Erläuterungen zum Jahresbericht. Insbesondere wies Herr K u c k auf die Zusammenfassungen hin, wo das Ergebnis gegenüber den Planzahlen dargestellt sei. Hier ergab sich ein Jahresverlust von 344.000 €. Hauptgründe seien geringere Wasserlieferungen als geplant sowie die gegen-

über dem Planansatz zu entrichtenden Rechts- und Beratungskosten. Prüfungsfeststellung sei, dass es keine Beanstandungen gebe. Bei weiterhin sinkendem Wasserverbrauch steige das Betriebsrisiko. Außerdem bedürfe die Eigenkapitalausstattung einer Überprüfung.

Die Nachfrage von FrkV M i c h a l e k, ob die Stadt die Liquiditätshilfe von 50.000 € eingezahlt habe, bejahte Herr S c h ä f f n e r. Zu den Rechtsstreitkosten interessierte FrkV M i c h a l e k ferner zu erfahren, ob die enwag nicht einen Teil dieser Kosten hätte tragen müssen. StR B o r c h e r s gab davon Kenntnis, der Auskunftsstreit richtete sich gegen den Eigenbetrieb und OB D e t t e führte ergänzend aus, der ursprüngliche Streit Kartellbehörde gegen enwag werde komplett im Bereich der enwag abgewickelt. Des Weiteren informierte OB D e t t e darüber, die vergaberechtliche Auseinandersetzung sei in 1. und 2. Instanz zu Gunsten der Stadt ausgegangen, das Kartellauskunftsverfahren sei im Eilverfahren für die Stadt positiv verlaufen, aber noch nicht rechtskräftig.

StR B r e i d s p r e c h e r meinte, nach allem Anschein habe die SPD schon immer gewusst, wie man das Thema „Wasserversorgung“ besser regeln könne. Den Prognosen nach werde sich das erwirtschaftete Minus nicht besonders verbessern. Halte sie die Gründung immer noch für falsch? OB D e t t e empfahl eine angemessene Diskussion zu führen, wenn das Prüfungsergebnis des Landesrechnungshofes vorliege. Stv. K l e b e r erklärte sich seitens der SPD mit dem Vorschlag einverstanden. Stv. K i n k l e r erkundigte sich, wie das Kartellrechtsverfahren weitergeht, das heißt, ob das Ministerium Beschwerde einlege.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

0903/12

Zukunftssicherung der Ludwig-Erk-Schule

Auf den Inhalt der Vorlage eingehend betonte OB D e t t e, trotz negativer Entscheidung des Kreistages mache die Vorlage insofern einen Sinn, weil Wetzlar eine eigenständige Interessenslage habe und zwar im Hinblick auf ihre integrative und soziale Wirkung bei dem Erhalt einer zweizügigen Grundschule einschließlich einer Eingangsstufe. Die Eingangsstufe entlaste mit dem Betreuungsangebot den Jugendhilfeträger Stadt Wetzlar sowohl im Bereich Kindergartenbetreuung als auch Kinderhortbetreuung. Er wies darauf hin, dass der Beschluss des Kreistages unter dem Genehmigungsvorbehalt des Schulamtes und letztendlich des Kultusministeriums stehe. Bei dem Beschlussvorschlag handle es sich um eine Kompromisslinie. Ferner, so OB D e t t e, würden auch bei Zweizügigkeit 50 % der Kinder aus dem Westend kommen. Der Kompromissvorschlag stelle eine gute sachliche Grundlage dar. Die Stadt sollte sich positionieren.

FrkV L e f è v r e führte aus, der Kreistag habe es sich bei seiner Entscheidung nicht leicht gemacht. Man habe alles sehr genau besprochen und sei letztlich zu dem bekannten Ergebnis gekommen. Die Schule solle nicht geschlossen, sondern verkleinert werden. ein Neubau solle nicht entstehen. Im Gesamtzusammenhang wies sie z.B. auf die Leerstände in der Lotteschule und Kestnerschule hin. Sie habe sich damals für die Investition seitens der Stadt von max. 450.000 € und die komplette Verlagerung ausgesprochen.

OB D e t t e erklärte, die Argumentation mit den Leerständen sei nicht neu. Dies sei bei Hermannstein ebenso gewesen. Damals habe die Stadtverordnetenversammlung eine

andere Entscheidung getroffen und ausgeführt, ein wohnortnahes Schulangebot habe etwas für sich. Wie bekannt, sei Wetzlar nicht Schulträger, man müsse jedoch Wetzlarer Gesichtspunkte betrachten. Auch sei zu beachten, dass neue Eingangsstufen seitens des Ministeriums nicht genehmigt würden. Auf das Argument der Leerstände zurückkommend meine er, auch der Schulstandort Garbenheim könnte zur Disposition gestellt werden.

Ihn ärgere maßlos, konstatierte Stv. H e d d e r i c h, wenn die Aussage von Landrat Schuster in der Presse stimme, das faktisch die neue Koalition und ihr Kooperationspartner den Vertrag aufgekündigt hätten. Dies wäre eine Riesensauerei.

FrkV M i c h a l e k befand, dass das Ministerium bei seinen Vorstellungen die Eingangsstufe außen vor lasse, sei nicht fair. OB D e t t e erläuterte, es handle sich hierbei um keine parteipolitisch willkürliche Ermessensentscheidung des Ministeriums, sondern um die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben.

Stv. B r e i d s p r e c h e r nahm Bezug auf den Schulneubau in Hermannstein. Seinerzeit galten alle hier vorgebrachten Gegenargumente nicht. Im Blick auf die Integrationsarbeit bedauere er es, dass die Schule „plattgemacht“ werde. Deswegen erstaune ihn das Verhalten von Stve. Öztürk, weil für sie die Integration immer das Maß aller Dinge gewesen sei.

FrkV L e f è v r e erläuterte, Eingangsstufen seien nie flächendeckend, sondern immer als Projekt eingeführt worden.

Stv. K l e b e r wies aufgrund von Äußerungen darauf hin, es sei wünschenswert, ein gewisses Debattierniveau beizubehalten. Zur Sache selbst legte Stv. K l e b e r dar, OB D e t t e sei seit 1997 im Amt und Stv. Breidsprecher habe die Koalition von 1993 - 2008 angeführt und sei danach als Stadtverordneter tätig. Die vorherige Koalition habe lange genug Zeit gehabt, die Dinge auf dem Schulsektor anders zu regeln. Beispielsweise durch Übernahme der Grundschulen und damit die Möglichkeit, die Schulbezirke selbst zu gestalten.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erklärte, er habe nie etwas dagegen gehabt, die Grundschulen zu übernehmen. Er wäre auch bereit gewesen, Kompromisse zu schließen. Es sei aber nicht möglich gewesen, mit den Landräten die Kostenfrage im Ansatz zu regeln. Die Stadt sei nunmehr die größte Schulumlagezahlerin gewesen, habe aber nie davon profitiert.

Abstimmung: 4.7.0

TOP 5

0838/12

Mietzuschuss HSG Wetzlar Aufhebung Sperrvermerk

FrkV M i c h a l e k berichtete, alle Fraktionen seien bei dem Gespräch mit Vertretern der HSG zugegen gewesen und merkte ferner an, man sollte sich im Blick auf die bilanziellen Gegebenheiten von Zeit zu Zeit berichten lassen.

Der Ausschuss fasste einstimmig (11.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

„Der Sperrvermerk in Höhe von 30.000 € bei Produkt-Konto 1510100.712880000 wird auf-

gehoben.“

TOP 6
0839/12
Aufhebung des Sperrvermerks
auf dem Produktkonto 1510100.699300000

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss fasste einstimmig (11.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

„Der Sperrvermerk in Höhe von 40.000,-- € auf dem Produktkonto 1510100.699300000 wird aufgehoben.“

TOP 7
0899/12
Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 100 HGO

AV H e y e r wies auf die redaktionelle Änderung im Bauausschuss hin.

Brandschutz sei ein immer wiederkehrendes Thema. Es sei immer gesagt worden, die alte Koalition sei zu diesem Thema nicht tätig geworden. Über den Anbau sei jedoch schon länger diskutiert worden, konstatierte Stv. B r e i d s p r e c h e r.

OB D e t t e merkte zu Thema Brandschutz an, derzeit ergäben sich permanent rechtliche Änderungen in diesem Bereich. Deswegen werden in den nächsten Jahren diesbezügliche weitere Investitionen auf die Stadt zukommen.

Abstimmung in der Form des Bauausschusses: 11.0.0

TOP 8
0906/12
Umsetzung des Brandschutzkonzeptes Neues Rathaus
1. Maßnahme – Errichtung eines Treppenhausanbaues

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 9
0773/12
Citybus Wetzlar

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich, ob der abgebildete große Bus durch die Altstadt „sausen“ solle. OB D e t t e erklärte, hinsichtlich der Größe des Busses täusche das Bild. Fahrversuche hätten die Umsetzbarkeit ergeben. Vorteil sei, dass es sich um einen Niederflurbus handle, welcher von der Fa. Gimmler auch anderweitig eingesetzt werden könne. Wegen des damit zu erwarteten Einspareffektes sah Stv. B r e i d s p r e c h e r die Angelegenheit positiv. Stv. W o l f äußerte größte Bedenken, wenn dieser Bus durch die Altstadt fahren sollte und nannte als Schwachstellen z.B. die Güllgasse und die Schmiedgasse.

FrkV L e f è v r e fragte nach, ob die Beschriftung des Busses schon festgelegt sei. Hierüber sei noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden, so OB D e t t e. FrkV M i c h a l e k bat, in Ziffer 2 des Beschlusstextes das Wort „unbefristeten“ zu streichen. Der Ausschuss war einverstanden. Stv. B r e i d s p r e c h e r interessierte den jährlichen Zuschussbedarf zu erfahren. Die Fa. Gimmler erhalte pro Jahr 153.000 €. Früher seien es 180.000 € gewesen, erklärte OB D e t t e.

Generell sei ein City-Bus vernünftig, aber nicht mit diesen Abmessungen, stellte Stv. W o l f fest. OB D e t t e schlug vor, im Vorfeld mit der Fa. Gimmler zu sprechen, ob man den Bus zunächst lease und Probefahrten durchzuführen.

Abstimmung in der geänderten Fassung: 10.0.0

TOP 10

0885/12

- 1. Plakatwerbung für die Neueröffnung des Palais Papius in Wetzlar**
- 2. Aufhebung des Sperrvermerkes**

OB D e t t e berichtete, die Vorlage sei im Kultur-, Freizeit- und Partnerschaftsausschuss diskutiert worden und dieser habe zugestimmt. Er empfehle sich die Werbung anzuschauen. Das Palais sei ein Schmuckstück für die Stadt. Der Ausschuss vertrete auch die Auffassung, zusätzlich über das Internet zu werben.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 11

0799/12

- Sportförderungsrichtlinien
Änderung Nummer VIII, Punkt 2**

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

TOP 12

0879/12

- Energiekosten „Gas“
Sportheim Dutenhofen**

Die Vorlage wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 13

0847/12

- Nutzung Sitzungssaal im alten Rathaus für Veranstaltungen
Prüfungsauftrag**

FrkV M i c h a l e k wies auf die schlechte Akkustik im Sitzungssaal hin. Nach Renovierung der Wände werde sich die Akkustik verbessern, merkte OB D e t t e dazu an.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 14

0837/12

- Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson**

für den Schiedsgerichtsbezirk Wetzlar-Nauborn

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 15

0835/12

Bildung eines Behindertenbeirates / Satzung

OB D e t t e wies auf die redaktionelle Änderung hin. Stv. B r e i d s p r e c h e r nahm Bezug auf die auf Seite 2 genannten Grundsätze, insbesondere die Integration behinderter Menschen in Kindertagesstätten und meinte, dies sei gesetzlich geregelt.

OB D e t t e vertrat die Auffassung, es gehe um die praktische Umsetzung. Hierfür seien Haushaltsmittel erforderlich. Der Beirat habe ein Antragsrecht. Im Blick auf § 3 Ziffer 1 interessierte Stv. H e d d e r i c h zu erfahren, ob die Vertreter/-innen Schwerbehinderte sein müssten. Dies sei eine Einschätzungssache, führte OB D e t t e aus. Herr P e t e r s schlug vor, das Wort „müssen“ durch „sollen“ zu ersetzen. Der Ausschuss war hiermit einverstanden.

Abstimmung mit genannter Änderung: 11.0.0

TOP 16

0931/12

Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 100 HGO

Er denke, so OB D e t t e, dass der größte Teil der Unabwägbarkeiten damit abgedeckt sei. Der Mehraufwand von 530.000 € werde durch ein Plus von 200.000 € bei den Sponsorengeldern sowie erwarteter Mehreinnahmen von 300.000 € beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer abgedeckt. Ferner wies OB D e t t e auf den Break-Even-Point bei den Veranstaltungen hin. Bedenken habe man bei der Veranstaltung mit Lenny Kravitz. Stv. K l e b e r bat um eine Übersicht über den Kartenvorverkauf. OB D e t t e sagte Information zu.

Des Weiteren informierte OB D e t t e darüber, das Hessentagspaar habe im Hessischen Landtag großartig für die Veranstaltung geworben.

Nunmehr fragte Stv. B r e i d s p r e c h e r nach, wie man den erhöhten an Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln anlässlich der Just-White Party abdecken wolle. Darüber hinaus sprach er die Nutzung des Parkplatzes Finsterloh sowie den Themenbereich Versicherungen an. Weil bei der Veranstaltung weitere Züge eingesetzt würden die zu bezahlen seien, entstünden Mehrkosten, so OB D e t t e. Finsterloh müsse als Ausweichparkplatz vorgehalten werden und bei den Versicherungsbeträgen handle es sich um Ausfallversicherungen für Open-Air-Veranstaltungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 17

0796/12

Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 24.12.2011 und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 31.12.2011

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 18

0889/12

Bericht IV. Quartal 2011 und Bericht I. Quartal 2012 der Haushaltswirtschaft der Stadt Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 19

0893/12

Bericht Zinsmanagement 2011

Im Blick auf die Vorlage stellte FrkV **M i c h a l e k** fest, hinsichtlich der Schulden seien hier gegenüber dem Haushalt 1 Mio. € weniger ausgewiesen. OB **D e t t e** führte dazu aus, dass hier der klassische Schuldendienst dargestellt werde, mithin Zinsen und Tilgung. Kassenkredite unterlägen zunächst keiner Tilgung. Auch tauchten Sie nicht in der Schuldenstatistik auf.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 20

Aktuelle Situation Altenzentrum - Sachstandsbericht -

AV **H e y e r** übergab Herrn Seipp das Wort und dieser zeigte in Form einer Präsentation die Überlegungen zur Abarbeitung des Investitionsstatus im Altenzentrum auf. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

AV **H e y e r** dankte Herrn Seipp für dessen Ausführungen. OB **D e t t e** gab davon Kenntnis, Gegenstand der Überlegungen seien zwei stadteigene Gesellschaften, die eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung abschließen möchten. Der Vorgang sei bereits im Magistrat vorgestellt worden. Diese habe sich positiv geäußert. Auch der Aufsichtsrat der Altenzentrum gGmbH habe sich für eine Kooperationsvereinbarung ausgesprochen. Beim Aufsichtsrat der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft (WWG) erwarte er auch eine Befürwortung.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** wollte wissen, was sich gegenüber seiner Amtszeit grundsätzlich geändert habe. Durch seine Doppelfunktion, so Herr **S e i p p**, könne er mehr Einfluss nehmen und habe gegenüber dem Sozialministerium eine stärkere Verhandlungsposition. Auf die Präsentation zurückkommend wollte Stv. **K i n k l e r** erfahren, warum eine EV-Zertifizierung der Küche nötig sei. Dies sei für den Außenverkauf erforderlich, welcher die Auslastung anhebe, konstatierte Herr **S e i p p**.

Stv. **K l e b e r** erkundigte sich nach den Außenhausabnehmern. Herr **S e i p p** klärte darüber auf. Stv. **K i n k l e r** interessierte zu erfahren, wie sich eine Kooperationsvereinbarung personell auswirke. Dies gestalte sich weitestgehend neutral. Die Hausmeister-

stelle im Altenzentrum werde weiterhin benötigt, bekäme jedoch einen anderen Aufgabenzuschnitt.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.